

# Denkpause

- Die EDV kennt Sie genau S. 2
- EU-Politik vor Gericht S. 3
- Guter Lauscher, schlechter Lauscher S. 4
- PraktikantIn gesucht S. 5
- EU-Protestsommer S. 6
- Termine S.6

04.01  
01.07.01  
Nr. 13



Biometrische Verfahren ermöglichen Totalüberwachung

## Die EDV kennt Sie genau

Das Wissen über die massenweise Überwachung der menschlichen Kommunikation durch Computer ist inzwischen weit verbreitet. Der geringe Widerstand ermöglicht den nächsten Schritt: Auch der nicht-kommunizierende Mensch kann anhand von charakteristischen Körpermerkmalen elektronisch verfolgt werden. [mehr... Seite 2+3]

EU-Parlament will europäisches Echelon

## Gute Lauscher, schlechte Lauscher

Der Ausschuss zur Untersuchung des Spionagesystems Echelon macht in seinem Abschlussbericht den Vorschlag, einen europäischen Geheimdienst zu eröffnen. Statt der Sorge um die Privatsphäre der Individuen schimmert durch den Text nur Antiamerikanismus und Standortnationalismus. Dafür wird ein spannender Physikunterricht geliefert. [mehr... Seite 4 + 5]

## EU-Protestsommer

[mehr... Seite 6]

## Grüne EU-Politik vor Gericht

[mehr... Seite 3]

### Lieber LeserIn,



gute Sündenböcke sind eine schöne Sache. Alkoholisierte Kinder sollen an den zahlreichen Autounfällen schuld sein und SchleuserInnen

bekommen die Verantwortung für an den EU-Grenzanlagen gestorbene Flüchtlinge zugeschoben. Wie kann man aber mit einer Aussage gleichzeitig für Atomkraft und gegen Migration kämpfen? Diese beiden Fliegen schlägt die Betreibergesellschaft der britischen Wiederaufarbeitungsanlage Sellafield locker mit einer Klappe: Für das hohe Leukämieaufkommen - laut Greenpeace bis zu zehn mal häufiger als anderswo - sei die »Bevölkerungsvermischung« verantwortlich. Nicht deutscher Atom Müll und die Einleitung von Abwässern in die Irische See, sondern »starke Zuwanderung von Menschen aus anderen geographischen Regionen« verursachte das erhöhte Krankheitsrisiko. Wegen der illegalen Lagerung von »versiegelten radioaktiven Quellen« wurden die Betreiber vor kurzem zur Zahlung von Bußgeldern verurteilt. Aber auch hier Entwarnung: Diese Quellen sind sehr klein »etwas größer als ein Zehn-Pfennig-Stück«. Mich erinnert das an die schönen Ratschläge vom Anfang des Atomzeitalters: Bei einem GAU sollten Sie mit der Aktentasche über dem Kopf unter den Tisch kriechen! Sie haben keine Aktentasche? Das Papierformat der Denkpause reicht dazu aus, es um den eigenen Kopf zu binden. Damit ertragen Sie den rot-grünen Atomstaat auch noch die nächsten 20 Jahre.

Ihre Ilka Schröder

Biometrische Verfahren ermöglichen Totalüberwachung

# Die EDV kennt Sie genau

Face-Finder Software  
[www.viisage.com](http://www.viisage.com)

Militärische und »zivile«  
Überwachungstechnologie  
[www.raytheon.com](http://www.raytheon.com)

Biometrische Erkennung  
[www.graphcotech.com](http://www.graphcotech.com)

BioID AG  
Cicerostrasse 21,  
10709 Berlin  
[www.bioid.de](http://www.bioid.de)

Institut für angewandte  
Biometrie  
[www.biometrie-  
info.de/](http://www.biometrie-info.de/)

Face Recognition Homepage  
[www.cs.rug.nl/users/  
peterkr/FACE/  
face.html](http://www.cs.rug.nl/users/peterkr/FACE/face.html)

Robert Frischholz Homepage  
[http://home.t-  
online.de/home/Rober  
t.Frischholz/](http://home.t-online.de/home/Robert.Frischholz/)

Biometrics und Eye-  
Tracking  
[http://home.t-  
online.de/home/Ulrich  
.Dieckmann/](http://home.t-online.de/home/Ulrich.Dieckmann/)



**Das Wissen über die massenweise Überwachung der menschlichen Kommunikation durch Computer ist inzwischen weit verbreitet. Der geringe Widerstand ermöglicht den nächsten Schritt: Auch der nichtkommunizierende Mensch kann anhand von charakteristischen Körpermerkmalen elektronisch verfolgt werden.**

Wer einen Tag lang in der Londoner City unterwegs ist, wird etwa 400 mal gefilmt. Die 200.000 Londoner Videokameras erfassen jeden Menschen durchschnittlich

**Erste Tests eines Face-Trac-Systems in den USA verliefen für die BefürworterInnen einer totalen Überwachung positiv.**

Neben den Gesichtern der Menschen blicken die Kameras auf Nummernschilder von Autos. Sie werden elektronisch mit einem Register von gestohlenen Wagen abgeglichen, noch Tage später ist nachvollziehbar, wer wann in welche Richtung gefahren ist. Was heute nur mit den Nummernschildern

geschieht, wird demnächst auch für die Gesichtserkennung Standard sein.

Erste Tests eines FaceTrac-Systems in den USA verliefen für die BefürworterInnen einer totalen Überwachung positiv. Im Januar wurden die Gesichter von 100.000 uneingeweihten BesucherInnen des »Sunday's Super Bowl« in Tampa und Ybor City, Florida, von Überwachungskameras aufgezeichnet und in Sekundenschnelle mit einer Datenbank von gesuchten Personen abgeglichen. Bei Übereinstimmungen wurden die umherlaufenden Beamten informiert, um »schnelle und diskrete« Festnahmen zu tätigen.

Die Biometrie ist die Wissenschaft vom Vermessen des Lebens. Sie soll es Computern ermöglichen, Menschen zu unterscheiden. Verschiedene Merkmale

können dafür verwendet werden: Fingerabdruck, Iris, Netzhautrückwand (Retina), Gesicht, Stimme, Handgeometrie, Körpergerüche und Gefühle sollen gemessen werden. Sogar eine Software, die auffälliges Verhalten feststellt, wird an den Universitäten Leeds und Reading entwickelt. Für die Zugangskontrolle in besonders geheime Räume werden biometrische Verfahren bereits genutzt. Eine breite Anwendung wird demnächst realisiert. Die deutsche Bundesregierung antwortete auf eine kleine Anfrage der Abgeordneten Angela Marquardt schon im Sommer 1999: »Der Einsatz biometrischer Verfahren an Geldautomaten ist in Vorbereitung«. Für die Kundin hätte das den Vorteil, dass sie sich keine PIN-Nummer mehr für ihre diversen Chipkarten merken muss. Wer vergisst schon Finger, Gesicht oder die Iris? Nachteil ist einerseits der zusätzliche körperliche Schaden, der beim Raub eines Körperteils entstehen kann, andererseits die neuen Überwachungsmöglichkeiten für Staat und Wirtschaft. ▶

Prinzipiell kann man mit der Biometrie jeden Menschen sein ganzes Leben lang verfolgen. Der Nutzung der einmal erhobenen Körpermerkmale sind später keine Grenzen gesetzt. Wegen der Aufstände bei europäischen Gipfeltreffen wird schon über Ausreiseverbote für politisch missliebige Personen diskutiert. Bisher müssen Polizei und Bundesgrenzschutz zu diesem Zweck mühsam die Personalien kontrollieren und Ausweisnummern in ihre Computer tippen. Mit der Biometrie wird die völlige Durchsiebung der Bevölkerung nach gesuchten Personen möglich. An Grenzen und Flughäfen könnten intelligente Kameras eingesetzt werden, die alle Reisenden mit Datenbanken abgleichen. Wer in den Datenbanken als gesucht markiert wird, ist Sache der Regierung. Während die rot-grüne Bundesregierung jetzt vielleicht »nur« diejenigen eingeben wird, die für ein solidarisches und friedliches Europa demon-

striert haben, kann die nächste Regierung die Datensätze von Schwulen oder AktionärInnen einspeisen.

Wie bei jeder Überwachungsaktivität ist dabei klar, dass sich Regierungen nicht an Gesetze halten. Der Angriffskrieg gegen Jugoslawien hat gezeigt, dass auch relativ demokratisch gewählte deutsche Regierungen vor schwerster Staatskriminalität nicht zurückschrecken. Ein schlimmeres Verbrechen als das Führen eines Angriffskrieges ist im bundesdeutschen Rechtssystem nicht vorgesehen, daher dürften auch eklatante Verletzungen von Persönlichkeitsrechten zu keiner rechtsstaatlich wünschenswerten Verfolgung führen. Die Artikel 7 (Achtung des Privat- und Familienlebens) und 8 (Schutz personenbezogener Daten) der EU-Grundrechtscharta stehen der Rasterfahndung durch biometrische Kontrolle ebenso im Wege wie die im Grundgesetz garantierten Rechte des Einzelnen

gegenüber dem Staat.

Die verschiedenen Verwendungsmöglichkeiten von Überwachungssystemen zeigten sich schon 1989 beim Massaker auf dem Peking-Platz des Himmlischen Friedens. Die fliehenden DemonstrantInnen wurden durch Aufnahmen einer als Verkehrslenkungssystem importierten Technik identifiziert. Damals dürften noch Menschen vor den Monitoren gesessen haben, in Zukunft ermöglicht der Computer die Suche in kürzester Zeit. Die lebenden PolizistInnen können sich dann ganz auf die Bestrafung der identifizierten Personen konzentrieren - oder auf die Entwicklung von Computern, die ihnen auch noch diese Arbeit abnehmen. ○



## Frankfurter Rundschau muß widerrufen / Klage des grünen Bundesvorstands läuft weiter

# EU-Politik vor Gericht

**Das Landgericht** Berlin (27.10.01) hat in einem mittlerweile rechtskräftigen Urteil die Verleger der Frankfurter Rundschau zum Abdruck eines Widerrufs verpflichtet. Vorher wurde bereits eine Gegendarstellung abgedruckt und eine Unterlassungsklage erfolgreich beendet. Die FR hatte geschrieben, ich wolle dem Parteifreund Joseph Fischer das zweite Ohr abreißen lassen und ich hätte zur Nicht-Wahl der Grünen bei der Landtagswahl in NRW aufgerufen. Das ist natürlich nicht richtig. Jeder Mensch sollte sich selbst überlegen, ob er die Grünen wählt. Und das zweite Ohr sollte meiner Meinung nach am Außenminister genauso dran bleiben wie das erste. Die Frankfurter Rundschau hatte sich vor Gericht auf die Überlieferung meiner Aussagen durch die phantasiereiche frühere Schatzmeisterin der grünen EU-Fraktion Heide Rühle bezogen. Der Fraktionsvorstand der Grünen im Europäischen Parlament hat zugesagt, sich mit diesem Skandal zu befassen und darum gebeten, Streitigkeiten nicht vor Gericht auszutragen. Das wird sich aber kaum vermeiden lassen, denn der Fraktionsvorstand fühlt

sich unfähig, über die Finanzierung meiner Öffentlichkeitsarbeit zu entscheiden – mittlerweile hat sich ein fünfstelliger Euro-Betrag angehäuft, der nicht überwiesen wird.

Vor dem Landesschiedsgericht der Partei Bündnis 90/Die Grünen ist immer noch die Klage des Bundesvorstandes anhängig. Stein des Anstoßes sind kritische Äußerungen zur Politik der Grenzabschottung gegenüber Flüchtlingen. Hier befinde ich mich mit meiner Kritik an der Verfolgung von FluchthelferInnen in etwa auf der Linie des Flüchtlingshilfswerkes der Vereinten Nationen.

Ohne SchleuserInnen besteht heute kaum eine Möglichkeit, das Recht auf Asyl in Deutschland wahrzunehmen. Weiterhin wurde ich verklagt, da ich den von Grünen im Bundestag betriebenen Umbau der Bundeswehr in eine effektive Angriffstruppe kritisierte. Der Satz »Wer sicherstellen will, daß Deutschland weiterhin Kriege führen und gewinnen kann, sollte 2002 unbedingt die Grünen unterstützen.« wird vom Bundesvorstand ebenfalls als parteischädigend eingestuft. Ich erwarte

mit Spannung, wie der Bundesvorstand dem Gericht das Gegenteil darlegen wird. Bisher fehlt jedes Indiz dafür, dass die Parteilite nicht auf den Umbau der Bundeswehr von einer starren Landesverteidigungsarmee hin zu einem mobilen Einsatzkommando für Aktionen auf der ganzen Welt hinarbeitet.

Die neue Bundesvorstandsprecherin und ehemalige Europaabgeordnete Claudia Roth, die 2002 als das gute Gewissen der Grünen und flüchtlingsfreundliche Scherben-Managerin beworben werden soll, unterstützt den Parteiordnungsantrag offenbar auch. Zu der mündlichen Verhandlung ist es bisher u.a. wegen offizieller Terminschwierigkeiten des Vorstandes aber noch nicht gekommen. Auch eine Begründung für seinen Antrag auf Ordnungsmaßnahmen hat der Bundesvorstand – auch auf Anforderung durch das Gericht – bisher nicht liefern können. Offenbar soll die Wahl in Berlin abgewartet werden, bevor im Rahmen der Verhandlung die Grünen ihr Verhältnis zu Flüchtlingen und Krieg darlegen müssen. ○

*Die Anklage und meine umfassende Entgegnung darauf befinden sich im Internet unter <https://www.ilka.org/ordnung> Die Verhandlung ist parteiöffentlich. Wer den Termin wissen will, sobald er feststeht, kann eine Mail an [berlin@ilka.org](mailto:berlin@ilka.org) senden. Eine Grünen-Mitgliedschaft wird man zwar schnell wieder los, bis man »drin« ist, kann es aber allerdings 2 Wochen dauern.*

EU-Parlament will europäisches Echelon

# Gute Lauscher, schlechte Lauscher

*Der Ausschuss zur Untersuchung des Spionagesystems Echelon macht in seinem Abschlussbericht den Vorschlag, einen europäischen Geheimdienst zu eröffnen. Statt der Sorge um die Privatsphäre der Individuen schimmert durch den Text nur Antiamerikanismus und Standortnationalismus. Dafür wird ein spannender Physikunterricht geliefert.*



Der Ausschuss zur Untersuchung des Spionagesystems Echelon macht in seinem Abschlussbericht den Vorschlag, einen europäischen Geheimdienst zu eröffnen. Statt der Sorge um die Privatsphäre der Individuen schimmert durch den Text nur Antiamerikanismus und Standortnationalismus. Dafür wird ein spannender Physikunterricht geliefert.

Haben Sie in der Schule gut aufgepasst? Ja? Dann können Sie sich die Lektüre des Abschlussberichts sparen, den der Echelon-Ausschuss des Europäischen Parlaments vorgelegt hat. Wenn Sie allerdings zu denen gehört haben, die unter der Bank immer Doppelkopf geklopft haben, während der Oberstudienrat sich bemühte, die Grundlagen der Strahlungslehre zu vermitteln, dann können Sie dem Bericht wichtiges Grundlagenwissen entnehmen. Doch auf den 120 Seiten, die der Berichterstatter Gerhard Schmid vollgeschrieben hat, dient der Nachhilfeunterricht vor allem einem Zweck. Er soll den Beweis liefern für die These, die Schmid im ersten Absatz seiner Schlussfolgerungen zusammenfasst: »Die Analyse hat gezeigt, dass die Mächtigkeit dieses

Systems bei weitem nicht so umfangreich sein kann, wie von den Medien teilweise angenommen.«

Was aber zeigt die Analyse dieser Aussage? Dass dieser Satz den einzigen Zweck verfolgt, die politische Bedeutung von Echelon herunterzuspielen. Denn der politische Skandal an einem Abhörsystem wie Echelon ist, dass das Grundrecht auf Privatsphäre in dem Moment faktisch nicht mehr gilt, in dem Menschen über Entfernungen hinweg kommunizieren.

Niemand kann heute mehr sicher sein, dass auch nur ein Wort, das er oder sie schreibt, versendet, am Telefon spricht, wirklich nur den Adressaten oder die Adressatin erreicht. Daran ändert auch das Grundrecht auf Privatsphäre nichts, das in zahlreichen Gesetzen der Mitgliedsstaaten, in Richtlinien der EU, in der Europäischen Menschenrechtskonvention und der EU-Grundrechtscharta verbrieft ist. Zwar kann Kryptographie einen starken Schutz bieten, aber eine hundertprozentig sichere Verschlüsselung gibt es nicht. Politisch spielt es keine Rolle, ob Echelon nun 80, 90 oder 99 Prozent

der weltweiten Telekommunikation abfangen kann. Selbst wenn es nur ein Telefongespräch am Tag wäre, bliebe der grundsätzliche Skandal bestehen: Die Kommunikation zwischen Menschen wird abgehört, ausgewertet, archiviert.

Es wäre die Aufgabe des Parlamentsausschusses gewesen, das zu kritisieren. Stattdessen hat der Berichterstatter einen Abschlussbericht vorgelegt, der so zusammengefasst werden kann: Jawohl, Echelon existiert, aber es ist längst nicht so schlimm wie manche meinen. Welches Ziel er damit verfolgt, ist klar: Als besonders effizientes Abhörsystem ist Echelon die Fortentwicklung dessen, was die

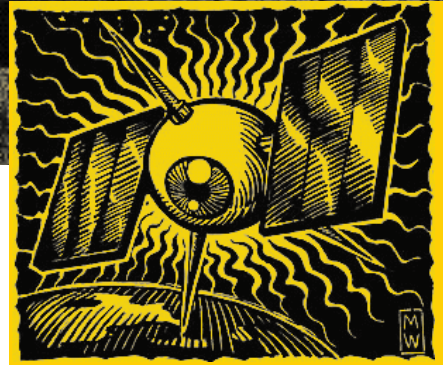
nationalen Geheimdienste in allen EU-Staaten betreiben. Und welche Sozialdemokratin, welcher Christdemokrat oder Kommunist möchte schon ganz auf das Abhören verzichten?

Eine grundsätzliche Kritik an der Abhörpraxis verbietet sich für den Ausschuss schon aus diesem Grund. Wer selbst abhört, kann anderen nur den Vorwurf machen, dass das andere Abhörsystem zu gut funktioniert. Damit lässt sich aber nicht die Abschaltung von Echelon fordern. Die kann nur verlangen, wer grundsätzlich dagegen ist, dass staatliche Behörden, ob nun Geheimdienste oder Polizei, im Privatleben ihrer BürgerInnen herumschnüffeln.

Der Berichterstatter hält ein ganz anderes Rezept bereit: »Eine Zusammenarbeit der Nachrichtendienste innerhalb der EU«, heißt es in den

**Niemand kann heute mehr sicher sein, dass auch nur ein Wort, das er oder sie schreibt, versendet, am Telefon spricht, wirklich nur den Adressaten oder die Adressatin erreicht.**

► Fortsetzung auf Seite 5



Echelon-Seite der Federation of American Scientists <http://sun00781.dn.net/irp/program/process/echelon.htm>

EchelonWatch, die Echelon-Seite der American Civil Liberties Union <http://www.echelon-watch.org>

Homepage des Echelon-Ausschusses des Europäischen Parlaments [http://www.europarl.eu.int/committees/echelon\\_home.htm](http://www.europarl.eu.int/committees/echelon_home.htm)

Die britische Privacy-Organisation Statewatch über die europäische Abhör-Planung <http://www.statewatch.org/soseurope.htm>

Enfopol-Themenseite des Online-Dienstes Heise <http://www.heise.de/tp/deutsch/special/enfo/default.html>

Mehr von Ilka Schröder zu diesem Thema <http://www.ilka.org/themen/infotech.html>

Druckfrische Broschüre »Freiheit stirbt mit Sicherheit« mit Hintergründen, Theorie und praktischen Aktionsmöglichkeiten. Hrsg: JungdemokratInnen/Junge Linke. Preisinfos und Bestellungen bei: Telefon +49-30-2472.9747 oder [info@jungdemokraten.de](mailto:info@jungdemokraten.de)

**Fortsetzung von Seite 4**

»Schlussfolgerungen« des Berichts, »erscheint insoweit wünschenswert, als einerseits eine Gemeinsame Sicherheitspolitik ohne Einbeziehung der Geheimdienste sinnwidrig wäre, andererseits damit zahlreiche Vorteile in professioneller, finanzieller und politischer Hinsicht verbunden wären.« Übersetzt heißt das: Gegen Schnüffeln soll noch mehr Schnüffeln helfen.

Aber, bitte schön, mit demokratischem Anstrich: »Eine entsprechende Kontrolle durch das Europäische Parlament muss dann natürlich gesichert sein.« Ist sie aber nicht, denn auf der ganzen Welt gibt es kein einziges Beispiel für die funktionierende Kontrolle eines Geheimdienstes durch ein Parlament oder eine andere Institution eines bürgerlichen Rechtsstaats. Man muss sich nur das Parlamentarische Kontrollgremium für die Geheimdienste in der Bundesrepublik ansehen: Da kriegen die neun Bundestagsabgeordneten, die dort sitzen, ein Häppchen vom Herrschaftswissen der Geheimdienste ab, werden dafür zu Verschwiegenheit verpflichtet und so de facto zu Komplizen, nicht aber zu Kontrolleuren von BND, MAD und Verfassungsschutz.

Auf europäischer Ebene ist die Demokratie bekanntlich ein noch oberflächlicherer Glanz. Es ist also nicht viel Fantasie nötig, um sich vorzustellen, wie die »demokratische Kontrolle« eines künftigen EU-Geheimdienstes durch das

Europäische Parlament aussehen wird: Ähnlich wie einst bei Europol wird wohl einmal jährlich ein im Tonfall einer Werbebroschüre gehaltener Bericht veröffentlicht werden, aus dem alle potenziell problematischen Fälle sorgfältig eliminiert wurden und der dann als Diskussionsgrundlage für einen so genannten Geheimdienst-Kontrollausschuss des Europäischen Parlaments dienen wird.

**Alles soll gespeichert werden:**

**Fax, e-Mail, Mobil- oder Festnetztelefon, dazu der Inhalt aller Web-Seiten, Newsgroups, Chatrooms und Messageboards**

Wie gut trifft es sich da, dass die Feststellung des Echelon-Ausschusses, jetzt müsse endlich ein Euro-Geheimdienst her, just zu einer Zeit fällt, in der die Planungen für einen solchen Geheimdienst in eine entscheidende Phase treten. Ende Mai stand auf der Tagesordnung des Justiz- und Innenministerrats der Union ein Vorschlag, den die »Police Cooperation Working Party« des EU-Rates ausgearbeitet hatte, ein Gremium, in dem hohe Polizei-Offiziere einträchtig neben Geheimdienst-Leuten sitzen. Inhalt des Papiers, das offenbar nur wegen verfahrensrechtlicher Einwände vorläufig nicht verabschiedet wurde: Sämtliche Daten aller elektronischen Kommunikationsverbindungen, ob per Fax, e-Mail, Mobil- oder Festnetztelefon, dazu der Inhalt aller Web-Seiten, Newsgroups, Chatrooms und Messageboards, soll für unbestimmte Dauer, mindestens aber zwölf Monate lang gespeichert werden, damit Polizei und Geheimdienste darauf

zugreifen können. Erfasst werden sollen nicht nur die Inhalte der Kommunikation, sondern beispielsweise auch Kreditkarten-Details, Nicknames, Passwörter, sowie die Wohnadressen der Kommunizierenden.

Diese Daten sollen nicht allein – wie bei Echelon – im Interesse der so genannten nationalen Sicherheit abgerufen werden können, sondern bereits bei unbestimmtem Verdacht auf eine beliebige Straftat. Das wäre der Schritt zu einer europaweiten Kontrollgesellschaft, in welcher die Staaten über jede Regung ihrer BewohnerInnen informiert sind, während diese keine Ahnung haben, wo überall ihre Daten gespeichert sind und welchen verschiedenen Arten von Missbrauch sie dienen.

Selbstredend verstößt auch diese Planung gegen jede einzelne Datenschutzbestimmung, die zur Zeit in der EU gilt. Aber wer regiert, muss Gesetze nicht brechen, sondern kann sie einfach ändern.

**Praktikum**

Wer bereits praktische politische Erfahrungen gesammelt, ein Praktikum in einem linken Abgeordnetenbüro machen will und sich noch nicht dafür beworben hat, sollte hier nachschauen:

<https://www.ilka.org/praktikum>

# EU-Protest- Sommer

## Vorsicht vor Ausreiseverbot und Schiessbefehl



Foto: Indymedia  
www.indymedia.de

Im vierzigsten Jahr nach dem Bau der Berliner Mauer denkt unendlich in Deutschland nun wieder über Ausreisebeschränkungen für politisch Andersdenkende nach. Lebensgefährliche Schüsse auf demonstrierende Menschen werden von den Regierungen Europas wortlos hingenommen. Das ist die subtile Vorform einer neuen Berliner Mauer, mit dem Unterschied, dass es auf der Ebene der europäischen Regierungen keine GegnerInnen dieses Projektes mehr gibt und dass parallel zum Ausreiseverbot für RegierungsgegnerInnen noch die Grenzabwehr gegen wirtschaftlich schlecht verwertbare Einreisewillige ausgebaut wird. Was früher dem Sozialismus gedient haben soll, wird heute mit freien kapitalistischen Märkten begründet.

Die neokorporatistische Gestaltung der Globalisierung durch die rot-grünen bis braunen MachthaberInnen Europas berechtigt und verpflichtet zum heftigen Widerstand. Die Aufstände der Anständigen in Nizza und Göteborg wenden sich gegen ein Europa, das sich gegen Flüchtlinge abschottet, Interventionskriege plant und von unten nach oben umverteilt. Gegen den Schrei nach Gerechtigkeit hilft nur ein radikaler Politikwechsel hin zu einer freien und solidarischen Gesellschaft - oder die brutalstmögliche Unterdrückung und Verfolgung der RepräsentantInnen dieser sozialen Bewegung.

Letztere werden wir in diesem Jahr in dem von Alt- und NeofaschistInnen mitregierten Italien erleben, denn in Genua soll im Juli der G8-Gipfel stattfinden. In Genua wird voraussichtlich der größte Protest stattfinden, den wir in

letzter Zeit erlebt haben: Die soziale Bewegung in Italien steht in historischer Kontinuität mit den autonomen Bewegungen aus den siebziger Jahren: In Italien gibt es 300 bis 400 selbstverwaltete soziale Zentren, in denen sich verschiedene Zusammenhänge organisieren. Seit Mitte der neunziger Jahre hat der zapatistische Diskurs Einfluss gehabt. Das Ya Basta Netzwerk und die Aktionsform »tute bianche« sind Ergebnisse davon.

Erwartet werden allein aus Italien etwa 80.000 Menschen. Problematisch wird, dass etwa eine Woche vor Beginn des Treffens die Stadt hermetisch abgeriegelt sein wird. Seit etwa einem Jahr herrschen in der Stadt erhöhte Sicherheitsvorkehrungen. Kurz vor Redaktionsschluss der Denkpause wird diskutiert, den Gipfel wegen der Proteste auf einem Schiff auf hoher See zu veranstalten. Über den Einsatz der Armee gegen DemonstrantInnen wird ebenfalls nachgedacht. Mit Ausnahme von Irland sind in Westeuropa seit dem Ende der faschistischen Diktaturen in Spanien und Portugal in den siebziger Jahren keine Armeen mehr im Inneren eingesetzt worden.

Eine konsequentere Lösung haben die VeranstalterInnen des Ende Juni in

Bestellungen, Abbestellungen und Adressänderungen bitte an  
abodatei@ilka.org mitteilen.

Barcelona geplanten Weltbanktreffens gefunden. Sie haben ihre Veranstaltung wegen der zu erwartenden Proteste abgesagt und machen sich Gedanken über einen Veranstaltungsort im Internet. Höhepunkt des europäischen Protest-Sommers in Deutschland ist das Grenzcamp 01 in der Nähe des Frankfurter Flughafens. Rhein-Main ist der deutsche Abschiebeflughafen Nummer eins. Jährlich werden etwa 10.000 Menschen von dort abgeschoben, wenn sie sich nicht vorher im Internierungslager umgebracht haben oder vom Bundesgrenzschutz mit Hilfe von Beruhigungsspritzen oder Helmen getötet wurden. Wem die Events noch nicht reichen, dem/der stehen auch die Aktionen anlässlich der Weltklimakonferenz offen. Wie eigentlich überall, sollte man sich hier allerdings zunächst anschauen, für was mensch demonstriert. Sonst läuft mensch vielleicht ungewollt für die Privatisierung der Luft durch die Stadt. WWW-Verweise: Siehe Terminverzeichnis.

## Termine

☉ 30.06. – 03.07.2001, Salzburg / Europäische World Leaders diskutieren im Rahmen des Weltwirtschaftsforums über die EU-Osterweiterung und Migrationsbewegungen  
<http://www.antiwef.org/>

☉ 19.07 – 21.07.2001, Genua / G8-Gipfel  
<http://www.genoa-g8.org/manif-eng.htm>  
<http://www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/prag/genua.html>

☉ 16.07. – 27.07.2001, Bonn / Weltklimakonferenz in Bonn  
<http://www.projektwerkstatt.de/aktuell/klimak.htm>  
<http://climate.indymedia.org/>

☉ 27.07. – 05.08.2001, Nähe Frankfurt am Main / 4. Antirassistisches Grenzcamp »Kein Mensch ist illegal« Nähe Rhein-Main-Flughafen, Frankfurt  
<http://www.aktivgegenabschiebung.de/camp01/>

☉ 28.09. – 04.10.2001, Washington DC / IWF-Weltbanktreffen in Washington DC, USA  
<http://www.50years.org/s28/call.html>

☉ Interessante Termine von überregionaler Bedeutung nehmen wir berlin@ilka.org. Aktuelle Terminliste unter: [www.ilka.org/termine.html](http://www.ilka.org/termine.html)

Auf einen Blick:  
Ilka Schröder MdEP  
[www.ilka.org](http://www.ilka.org)  
[schroeder@ilka.org](mailto:schroeder@ilka.org)

Büro Berlin  
Postfach 080417  
10004 Berlin  
Deutschland  
Fon +49.30.2096 1340  
Fax +49.30.2096 1356  
[berlin@ilka.org](mailto:berlin@ilka.org)

Büro Brüssel  
Rue Wiertz ASP 8 G 253  
1047 Bruxelles  
Belgien  
Fon +32.2.284.74 49  
Fax +32.2.284.94 49  
[bruxelles@ilka.org](mailto:bruxelles@ilka.org)